

Verordnung über die nach dem Sprengstoffgesetz zuständigen Behörden

Inkrafttreten: 30.06.2025

Zuletzt geändert durch: zuletzt geändert durch Geschäftsverteilung des Senats vom

02.09.2025 (Brem.GBI. S. 674) Fundstelle: Brem.GBI. 1998, 333 Gliederungsnummer: 7101-g-1

Aufgrund des § 79 Abs. 3 des Bremischen Polizeigesetzes vom 21. März 1983 (Brem.GBl. S. 141,301-205-a-1), das zuletzt durch Artikel 2 § 3 des Gesetzes vom 16. Mai 1995 (Brem.GBl. S. 307) geändert worden ist, verordnet der Senat:

§ 1 Zulassung und weitergehende Anforderungen

- (1) Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz ist zuständig für weitergehende Anforderungen nach § 5 Abs. 4 des Sprengstoffgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. April 1986 (BGBI. I S. 577), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 1998 (BGBI. I S. 1530) geändert worden ist. Für den Bereich des Bergwesens liegt diese Zuständigkeit bei der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation.
- (2) Bauartzulassungen nach § 17 Abs. 4 bis 6 des Sprengstoffgesetzes nach Absatz 1 erteilt die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz.

§ 2 Erlaubnisbehörden

- (1) Für die Erteilung von Erlaubnissen für den Umgang und den Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Sprengstoffgesetz) sind für den Bereich des Bergwesens das Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld und im übrigen die Gewerbeaufsichtsämter zuständig.
- (2) Für die Genehmigung des Verbringens von Explosivstoffen (§ 15 Abs. 6 Sprengstoffgesetz) sind die Gewerbeaufsichtsämter zuständig.

- (3) Lagergenehmigungen (§ 17 Abs. 1 bis 3 Sprengstoffgesetz) erteilten die Gewerbeaufsichtsämter.
- (4) Erlaubnisse zum Erwerb und zum Umgang von explosionsgefährlichen Stoffen im nichtgewerblichen Bereich (§ 27 Sprengstoffgesetz) erteilen die Gewerbeaufsichtsämter.

§ 3 Aufgaben der Erlaubnisbehörden

Die in § 2 bestimmten Erlaubnisbehörden haben innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches als Erlaubnisbehörden folgende Aufgaben:

- 1. Abnahme von Prüfungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 Sprengstoffgesetz),
- 2. Erteilung von Fristverlängerungen (§ 11 Sprengstoffgesetz),
- **3.** Entgegennahme von Anzeigen über die Fortsetzung des Betriebes (§ 12 Abs. 1 Sprengstoffgesetz),
- 4. Untersagung der Fortsetzung des Betriebes (§ 12 Abs. 2 Sprengstoffgesetz),
- **5.** Entgegennahme von Anzeigen über die Betriebsaufnahme und über Änderungen (§ 14 Sprengstoffgesetz),
- **6.** Erteilung von Befähigungsscheinen (§ 20 Sprengstoffgesetz),
- **7.** Entgegennahme von Anzeigen hinsichtlich verantwortlicher Personen (§ 21 Abs. 4 Sprengstoffgesetz),
- 8. Erteilung von Ausnahmen für das Reisegewerbe (§ 22 Abs. 4 Sprengstoffgesetz),
- 9. Erteilung von Ausnahmen von dem Alterserfordernis (§ 27 Abs. 5 Sprengstoffgesetz),
- **10.** Erlaß von Anordnungen (§ 32 Abs. 5 Sprengstoffgesetz),
- 11. Maßnahmen nach § 32a Abs. 1 und 2 des Sprengstoffgesetzes nach § 1 Abs. 1,
- **12.** Entgegennahme von Anzeigen über den Verlust von Erlaubnisbescheiden oder Befähigungsscheinen sowie deren Ungültigkeitserklärung (§ 35 Sprengstoffgesetz),

13.

Verlangen auf Änderung bereits errichteter oder genehmigter Lager (§ 48 Sprengstoffgesetz).

§ 4 Überwachungsbehörden

- (1) Überwachungsbehörden (§ 30 Sprengstoffgesetz) sind
- für den Umgang und der Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen im Bereich des Bergwesens das Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld, im übrigen die Gewerbeaufsichtsämter,
- 2. für die Beförderung explosionsgefährlicher Stoffe im Hafengebiet im Sinne des <u>Bremisches Hafenbetriebsgesetzes</u> die Hafenbehörde, im übrigen die Gewerbeaufsichtsämter; § 7 Abs. 1 des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes und § 41 <u>Abs. 4 der Bremischen Hafenordnung</u> bleiben unberührt.
- (2) Bei dem Verbringen explosionsgefährlicher Stoffe dürfen die Polizeibeamten Transportfahrzeuge zu Wasser und zu Lande zum Zwecke der Kontrolle anhalten. Sie haben dabei die Befugnisse nach § 31 des Sprengstoffgesetzes nach § 1 Abs. 1.

§ 5 Aufgaben der Überwachungsbehörden

Die in § 4 bestimmten Überwachungsbehörden haben innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches als Überwachungsbehörden folgende Aufgaben:

- **1.** Entgegennahme von Anzeigen über das Abhandenkommen von explosionsgefährlichen Stoffen sowie über Unfälle mit diesen Stoffen (§ 26 Sprengstoffgesetz),
- 2. Erlaß von Anordnungen (§ 32 Abs. 1 und 2 Sprengstoffgesetz),
- 3. Erlaß von Verbotsverfügungen (§ 32 Abs. 3 und 4 Sprengstoffgesetz),
- **4.** Erlaß von Beschäftigungsverboten (§ 33 Sprengstoffgesetz).

§ 6 Fachaufsicht

Die Fachaufsicht übt für den Bereich des Bergwesens die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation und im übrigen die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz aus.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die nach dem Sprengstoffgesetz zuständigen Behörden vom 8. August 1977 (Brem.GBl. S. 280 - 7101-g-1) außer Kraft.

Beschlossen,

Bremen, den 17. November 1998

Der Senat